



SCHWEIZERISCHE BUNDESVERSAMMLUNG
 ASSEMBLÉE FÉDÉRALE SUISSE
 ASSEMBLEA FEDERALE SVIZZERA

3003 Bern, den 17. April 1991

An die Mitglieder der
 Eidgenössischen Räte

**Parlamentarische Fundierung des KSZE-Prozesses: Konferenz von
 Madrid vom 2. und 3. April 1991**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die anlässlich des Pariser Gipfeltreffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) am 21. November 1990 unterzeichnete Pariser Charta für ein neues Europa enthält unter dem Kapitel "Neue Strukturen und Institutionen des KSZE-Prozesses" den folgenden Passus:

In Anerkennung der wichtigen Rolle, die Parlamentarier im KSZE-Prozess spielen können, sprechen wir uns für eine stärkere Einbeziehung der Parlamentsarbeit in die KSZE aus, insbesondere durch die Schaffung einer parlamentarischen Versammlung der KSZE unter Beteiligung von Parlamentsmitgliedern aus allen Teilnehmerstaaten. Zu diesem Zweck befürworten wir nachdrücklich, dass Kontakte auf Parlamentsebene fortgesetzt werden, um Tätigkeitsbereich, Arbeitsmethoden und Verfahrensregeln einer derartigen parlamentarischen Struktur der KSZE unter Nutzung vorhandener Erfahrungen und bereits geleisteter Arbeiten in diesem Bereich zu erörtern.

Wir beauftragen unsere Aussenminister, diese Frage bei ihrem ersten Treffen als Rat zu überprüfen.

Auf Einladung des spanischen Parlaments tagten am 2. und 3. April 1991 in Madrid Delegationen aus 33 nationalen Parlamenten der KSZE-Länder, um dieses Mandat zu erfüllen, was ihnen mit der Verabschiedung der beiliegenden Entschliessung gelang. Die konstituierende Sitzung der neuen Versammlung wird in der ersten Juliwoche des Jahres 1992 in Budapest stattfinden.



In der Beilage finden Sie den Bericht der Schweizer Delegation* über die Konferenz von Madrid.

Mit freundlichen Grüßen

Der Nationalratspräsident

Der Ständeratspräsident

Ulrich Bremi

Arthur Hänsenberger

Beilage

* Die Schweizer Delegation setzte sich wie folgt zusammen:

- Nationalratspräsident Ulrich Bremi
- Ständeratspräsident Arthur Hänsenberger
- Nationalrat Martin Bundi, Präsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten
- Ständerat Franco Masoni, Präsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten
- Nationalrat Peter Sager, Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
- Ständerat Michel Flückiger, Präsident der Schweizer Parlamentarier Delegation beim Europarat
- Ständerätin Josi Meier, Präsidentin der IPU-Delegation

Konferenz von Madrid

2./3. April 1991

Entschliessung über die Schaffung
einer Parlamentarischen Versammlung der KSZE

Die Delegationen der nationalen Parlamente der KSZE-Staaten haben am 2. und 3. März 1991 in Madrid,

nachdem sie von den Bestimmungen der Charta von Paris für ein neues Europa Kenntnis genommen haben, welche die wichtige Rolle, die die Parlamentarier im KSZE-Prozess spielen können, anerkennt und zur Schaffung einer Parlamentarischen Versammlung der KSZE aufruft,

und nachdem sie übereingekommen sind, dass diese Parlamentarische Versammlung folgenden Kriterien genügen muss:

- einfache Struktur (angesichts der einfachen politischen Struktur der KSZE);
- pluralistische Zusammensetzung (den Werten einer pluralistisch-parlamentarischen Demokratie entsprechend); und
- Bereitschaft, die Erfahrungen anderer parlamentarischer Institutionen in Europa zu nutzen, die, wie die Parlamentarische Versammlung des Europarates, die Versammlung der Westeuropäischen Union, die Nordatlantische Versammlung und, auf einer anderen Ebene, das Europäische Parlament, ihre Eigenheit und Eigenständigkeit bewahren müssen, was jedoch eine enge Zusammenarbeit mit der zu schaffenden Versammlung nicht ausschliesst;

beschlossen, für die KSZE eine Parlamentarische Versammlung zu schaffen, die den folgenden Organisations- und Funktionsgrundsätzen folgen wird:

1. Die Parlamentarische Versammlung der KSZE setzt sich aus 245 Parlamentariern der Teilnehmerstaaten zusammen. Die Sitze werden wie folgt auf die einzelnen Staaten verteilt:

A. Vereinigte Staaten von Amerika und UdSSR:	17
B. Deutschland, Frankreich, Italien und Vereinigtes Königreich:	13
C. Kanada und Spanien:	10
D. Belgien, Niederlande, Polen, Schweden und Türkei	8
E. Rumänien und Jugoslawien	7
F. Oesterreich, Dänemark, Finnland, Griechenland,	

4

Ungarn, Irland, Norwegen, Portugal, Tschechische und Slowakische Föderative Republik, Schweiz	6
G. Bulgarien und Luxemburg	5
H. Zypern, Island und Malta	3
I. Liechtenstein, Monaco und San Marino	2

Der heilige Stuhl kann an die jährlichen Sessionen der Versammlung zwei Vertreter als Ehrengäste entsenden.

2. Die Parlamentarische Versammlung der KSZE wird jährlich eine Plenarsession von maximal fünf Tagen durchführen. Diese Session wird normalerweise während der ersten Juli-Woche in der Hauptstadt oder in einer anderen Stadt eines KSZE-Staates stattfinden, wobei das Gastgeberland die erforderliche Infrastruktur zur Verfügung stellt.
3. Für die Versammlung wird ein Komitee der Delegationspräsidenten geschaffen, in dem alle Teilnehmerstaaten vertreten sind.
4. Die jährliche Session der Parlamentarischen Versammlung hat folgende Aufgaben:
 - sie nimmt Stellung zur Verwirklichung der Ziele der KSZE;
 - sie beantragt eine Debatte über die Themen, die im Rat der Aussenminister und an den Zweijahrestreffen der Staats- und Regierungschefs behandelt werden;
 - sie schlägt Massnahmen zur Förderung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vor und unterstützt solche Massnahmen.
5. An ihrer jährlichen Session verabschiedet die Parlamentarische Versammlung Erklärungen, Empfehlungen und Vorschläge zu Themen ihres Tätigkeitsbereichs oder arbeitet Berichte zu solchen Themen aus. Sie fasst ihre Beschlüsse mit Mehrheitsentscheid ihrer ordentlichen Mitglieder. In Ausnahmefällen kann das Komitee der Delegationspräsidenten verlangen, dass ein bestimmter Beschluss nur mit 2/3-Mehrheit gefasst werden kann.

Die Versammlung orientiert die Parlamente der KSZE-Staaten regelmässig über ihre Tätigkeit und stellt ihre Beschlüsse dem Ministerrat zur Stellungnahme zu.
6. Das Komitee der Delegationspräsidenten fasst alle Beschlüsse über Betrieb, Organisation und Reglement der Parlamentarischen Versammlung sowie über Arbeitsmethoden, Schaffung neuer Organe, Budget, Sekretariat, Tagesordnung, ausserordentliche Sessionen und Tagungsort. Es fasst seine Beschlüsse im Konsensverfahren.
7. Die Versammlung verfügt über ein ständiges Sekretariat mit einem kleinen Personalbestand. Ueber Budget, Mittel, Organisation und Standort, des Sekretariats entscheidet das Komitee der Delegationspräsidenten. Bis zur konstituierenden

Session nach Ziffer 11 übernehmen die Generalsekretariate der spanischen Cortes die laufenden Sekretariatsarbeiten der Versammlung.

8. Offizielle Sprachen der Versammlung sind Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Russisch und Spanisch.
9. Aufgrund der parlamentarischen Erfahrung der in dieser Entschliessung erwähnten internationalen und supranationalen Institutionen wird der Parlamentarischen Versammlung in ihrer ersten Session die Annahme von Uebereinkommen unterbreitet, die eine echte Zusammenarbeit mit diesen Institutionen ermöglichen sollen. Die Versammlung kann diesen Institutionen den Beobachterstatus zuerkennen.
10. Die Finanzierung des Betriebs der Parlamentarischen Versammlung wird, sobald diese Entschliessung angenommen ist, mit einer vom Komitee der Delegationspräsidenten während seiner ersten Sitzung zu bestimmenden Kostenaufteilung unter den Mitgliederstaaten sichergestellt.
11. Die Parlamentarische Versammlung wird ihre konstituierende Session in der ersten Juli-Woche des Jahres 1992 in Budapest abhalten. Ausnahmsweise kann das Komitee der Delegationspräsidenten über die Haltung der in der Versammlung vertretenen Delegationen vor der Helsinki-Folgekonferenz im Frühjahr 1992 informieren.
12. Als Gastgeberparlament der konstituierenden Session informieren die spanischen Cortes den Aussenministerrat der KSZE über die getroffenen Beschlüsse.
13. Änderungen der in dieser Entschliessung festgehaltenen Regeln müssen vom Komitee der Delegationspräsidenten im Konsensverfahren beschlossen werden.

KONFMADR

ANHANGBericht der Schweizer Delegation über
die Konferenz von Madrid1. VORGESCHICHTE

Die im Rahmen der Interparlamentarischen Union seit 1973 alle zwei bis drei Jahre durchgeführten KSZE-Konferenzen gaben dem KSZE-Prozess von Anfang an eine parlamentarische Dimension. Die Delegationen zu diesen Konferenzen verfügten jeweils über die gleiche Anzahl von Sitzen. Die Entschliessungen der sechs bisher durchgeführten Konferenzen wurden gemäss den Konsensprinzip verabschiedet.

Als es vor etwas mehr als Jahresfrist die ersten Anzeichen für eine eventuelle Institutionalisierung des KSZE-Prozesses gab, erklärte sich die Parlamentarische Versammlung des Europarates bereit, als Grundlage für die noch fehlende institutionelle parlamentarische Fundierung des KSZE-Prozesses zu dienen. Damit wollte sie nicht nur eine unnötige weitere institutionelle Zersplitterung auf europäischer Ebene und die damit verbundenen Doppelspurigkeiten vermeiden, sondern auch ihrem Willen, gesamteuropäische Verantwortung wahrzunehmen, klaren Ausdruck geben. Um das Problem der Einbeziehung aller europäischen und nordamerikanischen KSZE-Länder, die noch nicht dem Europarat angehören oder aus geographischen Gründen nicht Mitglied werden können (USA/Kanada) zu lösen, wurde anlässlich der Frühjahrs-session 1990 des Europarates die Einführung des Statuts eines "assoziierten KSZE-Mitglieds" beschlossen, der diesen Ländern in allen KSZE-Debatten das volle Stimmrecht verleihen würde. Eine erste KSZE-Debatte auf dieser Grundlage fand am 26. und 27. September 1990 in Strassburg statt. Die Teilnehmer - als einziges Land waren die USA nicht vertreten - verabschiedeten mit 241:13 Stimmen (die Gegenstimmen kamen vor allem aus den Rängen der französischen Sozialisten) und bei 13 Enthaltungen (Kanada) eine Entschliessung, welche die KSZE-Aussenminister und den Vorbereitungsausschuss für den KSZE-Gipfel von Paris aufforderte, dafür Sorge zu tragen, dass der KSZE-Gipfel:

- i. das durch die bestehenden europäischen und atlantischen Institutionen sowie die entsprechenden regionalen Strukturen der Vereinten Nationen gegebene Potential in vollem Umfang berücksichtigt;
- ii. nur dort neue Strukturen errichtet, wo dies notwendig ist. z.B. im Bereich der Beilegung von Konflikten;
- iii. Vorkehrungen für eine ständige parlamentarische Beteiligung am KSZE-Prozess trifft, die auf der Grundlage der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ins Leben gerufen wird. Die Europäische Versammlung wäre der Gesprächspartner der Regierungen der KSZE-Länder und aller zukünftigen zwischenstaatlichen Institutionen der KSZE.

Der im Brief beider Ratspräsidenten zitierte Passus der Charta von Paris betreffend die parlamentarische Fundierung des KSZE-Prozesses beschränkte sich dann aber darauf, die Nutzung vorhandener Erfahrungen und bereits geleisteter Arbeiten zu empfehlen.

Schon in der Vorphase zur Strassburger KSZE-Debatte vom letzten September wurde klar, dass der Widerstand der USA (und zum Teil auch jener Kanadas) gegen die Europaratslösung nicht so leicht zu brechen war. Hier hat sich vor allem auch die mangelnde Aufklärungsarbeit des Europarates gegenüber dem amerikanischen Kongress und dem kanadischen Parlament als äusserst nachteilig erwiesen. In der Vorphase der Konferenz von Madrid zeichnete sich dann im Zusammenhang mit der parlamentarischen Fundierung des KSZE-Prozesses ein Konsens über folgende Punkte ab:

1. Die parlamentarische Versammlung der KSZE-Länder sollte ein unabhängiges Gremium sein und mit einem kleinen Sekretariat versehen werden;
2. Die Erfahrungen der bestehenden parlamentarischen Versammlungen sollten so weit wie möglich genutzt werden.

Die Schweizer Delegation reichte in der Vorphase einen Entschliessungsentwurf ein, der einen engen Zusammenhang zwischen der neuen Versammlung und dem Europarat vorsah (Beilage 1).

2. Die Konferenz von Madrid

Die Konferenz von Madrid wurde mit einer Sitzung der Delegationschefs eröffnet. Dabei zeichneten sich schon jene Probleme ab (Fragen betreffend der Anwendung des Konsensprinzips, der Art und Weise der Nutzung vorhandener Erfahrungen, der Kriterien für die Zuteilung von Sitzen an die nationalen Delegationen etc.), die noch einer Lösung harreten. In der nachfolgenden Plenarsitzung konnten die Delegationen ihre Anregungen und Vorbehalte detaillierter einbringen. Nationalratspräsident Bremi ergriff das Wort im Namen der Schweizer Delegation. Er betonte dabei insbesondere die Verdienste des Europarates und seiner Parlamentarischen Versammlung im Zusammenhang mit den KSZE Belangen, insbesondere betreffend die Körbe 3 (Menschenrechte) und 2 (Wirtschaft, Wissenschaft, Umwelt, Kultur) und verlangte, dass die neue Versammlung die hier bereits vorhandenen reichen Erfahrungen so weit wie möglich nutzen sollte. Um das zu gewährleisten, schlug er vor, dass der künftigen Versammlung eine genügend grosse Anzahl von Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Nordatlantischen Versammlung (zur Abdeckung von Korb 1; sicherheitspolitische Fragen) angehören sollten. (Für den Wortlaut der Rede siehe Beilage 2).

Aufgrund der anlässlich der Plenarsitzung zum Ausdruck gekommenen Divergenzen wurde die Einsetzung einer 9-köpfigen Redaktionskommission beschlossen. Es gelang der Schweizer Delegation, sich in diesem Ausschuss einen Platz zu sichern, der von Nationalrat Peter Sager eingenommen wurde. Mit ihm tagten in diesem Ausschuss Parlamentarier aus Spanien, Deutschland, Kanada, Luxemburg, Polen, Schweden, der Sowjetunion und aus den Vereinigten Staaten.

Der Arbeit dieser Kommission war es zu verdanken, dass im Zusammenhang mit den umstrittenen Punkten ein Konsens erzielt werden konnte. Folgende Probleme standen im Vordergrund:

1. Die Delegation der Sowjetunion plädierte lange Zeit für die Anwendung des Konsensprinzips nicht nur bei Budget-, Organisations- und Verfahrensfragen, was von Anfang an unbestritten war, sondern auch im Zusammenhang mit der Verabschiedung von Entschliessungen, Empfehlungen und Berichten.
2. Fragen betreffend die Modalitäten der Zusammenarbeit der neuen Versammlung mit bereits bestehenden parlamentarischen Versammlungen (Parlamentarische Versammlung des Europarates, Nordatlantische Versammlung).
3. Fragen betreffend die Zuteilung von Sitzquoten für die verschiedenen Länder.
4. Die Frage, ob den Parlamenten der acht nichteuropäischen Mittelmeeranrainerstaaten (in der Charta von Paris werden die Bemühungen zur Festigung von Sicherheit und Stabilität im Mittelmeerraum als wichtiger Faktor der Stabilität in Europa bezeichnet) nicht ein Beobachterstatus eingeräumt werden sollte (französischer Vorschlag).

Bei der Frage im Zusammenhang mit der Anwendung des Konsensprinzips gelang es der Redaktionskommission schliesslich, die sowjetische Delegation davon zu überzeugen, dass für die Verabschiedung von rechtlich unverbindlichen Entschliessungen, Empfehlungen und Berichten eine Mehrheit genüge. Um der sowjetischen Delegation entgegenzukommen, wurde auch ein Passus in die Entschliessung aufgenommen, wonach in Sonderfällen der Ausschuss der Delegationspräsidenten die Verabschiedung eines Textes von der Erreichung einer Zweidrittelsmehrheit abhängig machen könnte.

Betreffend die Modalitäten der Zusammenarbeit der neuen Versammlung mit bereits bestehenden parlamentarischen Versammlungen musste man sich auch mit der Frage auseinandersetzen, inwieweit man den Anliegen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Nordatlantischen Versammlung nach einer exklusiven Erwähnung im Entschliessungstext, verbunden mit einem konkreten Zusammenarbeitsangebot, entgegenkommen konnte. Die USA wären mit einer solchen Lösung einverstanden gewesen. Doch meldete die sowjetische Delegation gegen eine explizite Erwähnung der Nordatlantischen Versammlung im Entschliessungstext Bedenken an. Auf kanadische Initiative wurde ein Kompromiss gefunden, wonach die Präsidenten der beiden obenerwähnten Versammlungen in einem Schreiben an die spanische Präsidentschaft der neuen Versammlung ihre Zusammenarbeit und Hilfe anboten. Diese Briefe (Beilage 3) werden einen integralen Bestandteil der Akten der Konferenz von Madrid bilden. Der Generalsekretär der IPU richtete ein ähnliches Schreiben (Beilage 4) an die spanische Präsidentschaft (die IPU hat seit 1973 schon sechs KSZE-Veranstaltungen durchgeführt).

Die Probleme im Zusammenhang mit der Sitzzuteilung an die verschiedenen Länder konnten dank des Entgegenkommens der sechs grössten Länder, die je auf einen Sitz verzichteten, zur Zufriedenheit aller betroffenen Länder gelöst werden. Die Sitzzu-

teilung wurde aufgrund verschiedener Kriterien wie Bevölkerungszahl, Bruttosozialprodukt, KSZE-Kostenverteilerschlüssel, Anzahl der Sitze in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und in der Nordatlantischen Versammlung vorgenommen (In der Beilage 5 finden Sie die detaillierten Angaben über Sitz- und Kostenverteilung).

Die Frage betreffend die Einräumung eines Beobachterstatus für die Parlamente der nichteuropäischen Mittelmeeraanrainerstaaten konnte noch nicht abschliessend behandelt werden und wird später vom Ausschuss der Delegationspräsidenten wieder aufgegriffen werden.

Ständerat Masoni ergriff auch das Wort, um der Redaktionskommission für ihre Arbeit zu danken und um einige Akzente bezüglich der künftigen KSZE-Arbeit zu setzen, wie z.B. die Lösung der Probleme im Zusammenhang mit den baltischen Ländern und die Respektierung der Menschenrechte (für den Wortlaut, siehe Beilage 6).

Die Schweizer Delegation betrachtet das Ergebnis der Konferenz von Madrid als eine ausgewogene Kompromisslösung, die die Interessen aller beteiligten Parteien berücksichtigt. Es ist zwar nicht gelungen, das Maximalziel - eine parlamentarische Versammlung der KSZE-Länder auf der Grundlage der parlamentarischen Versammlung des Europarates - zu erreichen. Wir sind aber davon überzeugt, dass die Europaratsversammlung den ihr zugewiesenen Spielraum voll nutzen wird, um die zu Recht befürchteten Doppelspurigkeiten so weit wie möglich zu verhindern.



Berne, le 21 mars 1991

Résolution de Madrid (Projet)

Les parlementaires des pays d'Europe et d'Amérique du Nord, réunis à Madrid, les 2 et 3 avril 1991, à l'initiative des présidents du Congrès des Députés et du Sénat espagnols, adoptent la résolution suivante:

- Ayant à l'esprit la "Charte de Paris pour une nouvelle Europe" de novembre 1990 et notamment le paragraphe relatif à la base parlementaire de la CSCE;
- Prenant acte de la résolution de l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe du 27 septembre 1990 sur la sécurité et la coopération en Europe;
- Désireux d'apporter leur appui au processus de la CSCE qui a permis, grâce à l'Acte final d'Helsinki, de surmonter la division entre les blocs et d'ouvrir une ère de détente, d'entente et de coopération en Europe;
- Saluant l'apport des organisations qui ont contribué à donner jusqu'ici au processus de la CSCE sa dimension parlementaire: l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe, l'Assemblée de l'Atlantique Nord et l'Union Interparlementaire;
- Soucieux d'approfondir la collaboration entre les représentants démocratiquement élus des peuples d'Europe et d'Amérique du Nord:

invitent

les ministres des affaires étrangères des Etats participants à prendre acte de la création d'une "Assemblée parlementaire de la Conférence sur la Sécurité et la Coopération en Europe" qui répondra aux caractéristiques suivantes:

1. L'Assemblée aura pour tâche de débattre de toute question relevant de la CSCE et de soumettre des recommandations et résolutions au Conseil des ministres et aux Gouvernements des Etats participants afin que le processus engagé par l'Acte final d'Helsinki connaisse de nouveaux développements;
2. L'Assemblée sera composée de délégations des Parlements nationaux, selon la clé de répartitions suivante:

(Albanie)	(4)				
Allemagne	18	Grèce	7	Pologne	12
Autriche	6	Hongrie	7	Portugal	7
Belgique	7	Irlande	4	Roumanie	10
Bulgarie	6	Islande	3	Royaume-Uni	18
Canada	12	Italie	18	St-Marin	2
Chypre	3	Liechtenstein	2	Suède	6
Danemark	5	Luxembourg	3	Suisse	6
Espagne	12	Malte	3	Tchécoslovaquie	8
Etats-Unis d'Amérique	25	Monaco	2	Turquie	12
Finlande	5	Norvège	5	URSS	25
France	18	Pays-Bas	7	Yougoslavie	10

Le Saint-Siège sera représenté de manière appropriée par deux délégués.

Les décisions seront prises à la double majorité des suffrages et des délégations.

3. L'Assemblée constituera en son sein au moins trois commissions chargées de préparer les résolutions relevant des questions relatives à la sécurité en Europe, de la coopération dans les domaines de l'économie, de la science et de la technique, ainsi que de l'environnement et de la coopération dans les domaines humanitaire et autres.
4. L'Assemblée tiendra une session ordinaire annuelle, soit au Palais de l'Europe à Strasbourg, soit dans l'enceinte d'un Parlement national, soit dans tout lieu agréé d'un commun accord.
5. Les Parlements nationaux seront libres dans la désignation de leur délégation. Pour tenir compte de l'apport d'organisations existantes à la cause de la coopération et de la sécurité européennes et des expériences acquises, les Parlements représentés au sein des diverses assemblées parlementaires veilleront à désigner, en premier lieu, des parlementaires siégeant à l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe. Toutefois, les Parlements représentés à l'Assemblée de l'Atlantique Nord et à l'Union de l'Europe occidentale pourront choisir leurs représentants également parmi les parlementaires siégeant dans ces assemblées.
6. Un appareil administratif léger sera mis sur pied. Il fera appel à la collaboration des assemblées existantes. Le coût sera réparti conformément au barème figurant sous chiffre III du document complémentaire relatif à la mise en application de certaines dispositions contenues dans la Charte de Paris.
7. Les travaux préparatoires seront achevés et les décisions prises de telle façon que l'Assemblée parlementaire de la CSCE puisse tenir sa première session dans les trois mois qui suivront la clôture de la Réunion du suivi à Helsinki en 1992.
8. L'Assemblée de la CSCE veillera à informer les Parlements nationaux de ses travaux et à susciter en leur sein des débats permettant aux parlementaires de tous les Etats d'apporter leur contribution au processus de la CSCE.

**Rede von Nationalratspräsident Ulrich Bremi, anlässlich der
Parlamentarischen Konferenz der Teilnehmerstaaten der KSZE
Madrid - 2. April 1991**

Am 19. September 1946 hielt Winston Churchill seine berühmte Rede in meiner Heimatstadt Zürich, die im Aufruf nach einem Wiederaufbau Europas vor dem Hintergrund eines Zusammenschlusses der europäischen Staaten gipfelte. "And the first practical step would be to form a Council of Europe", sagte er.

Der drei Jahre später gegründete Europarat wurde mit gutem Grund in der elsässischen Metropole Strassburg angesiedelt. Strassburg, die wie keine andere Stadt unter der deutsch-französischen Feindschaft gelitten hatte, wurde zum Symbol der deutsch-französischen Aussöhnung und der europäischen Zusammenarbeit überhaupt. Der "Palais de l'Europe" in Strassburg, der Sitz des Europarates und seiner Parlamentarischen Versammlung, wo aber auch das Parlament der Europäischen Gemeinschaften Gastrecht besitzt, ist für Bürger dieses Kontinents das "European Capitol". Inspiriert vom Genius loci hat sich der Europarat seit seiner Gründung für die Stärkung der pluralistischen Demokratie eingesetzt und ein in der Welt einzigartiges System für den Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten geschaffen. Mit seinem flexiblen System interparlamentarischer und intergouvernementaler Zusammenarbeit hat er die Ausarbeitung gemeinsamer Lösungen ermöglicht. Das sichtbarste Zeichen dafür sind die 141 europäischen Konventionen, welche die Grundlage für einen gesamteuropäischen Rechtsraum bilden.

Der Europarat deckt Körbe 2 und 3 der KSZE ab. Korb 1 ist problematischer. Da sich dort zusehends der Akzent auf Fragen der politischen Stabilität verlagert, könnte sich die Parlamentarische Versammlung mit diesen Fragen befassen

Es ist der spanischen Präsidentschaft gelungen eine Synthese der eingegangenen Vorschläge zu erstellen. Wir möchten die drei folgenden Anregungen anmelden:

1. Um die transatlantische und die paneuropäische Dimension der KSZE klar zu markieren, scheint es uns wichtig zu sein, dass sich die KSZE-Versammlung abwechslungsweise, im 3 Jahres-Zyklus
 - in Strassburg, der Hauptstadt Europas
 - in Washington oder Ottawa
 - und in einer anderen europäischen Stadt trifft.
2. Die Schweizer Delegation ist der Meinung, dass man jetzt schon die Bildung eines Versammlungssekretariates beschliessen sollte. Wir alle wollen ein kleines Sekretariat. Es wird später nicht leichter werden, dies zu erreichen.

3. Um wirklich voll die Erfahrungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Nordatlantischen Versammlung zu nutzen, scheint es uns möglich zu sein, dass der künftigen KSZE-Versammlung eine genügend grosse Anzahl von Mitgliedern dieser beiden Versammlungen angehören. Sie haben schon die nötigen Erfahrungen mit den Themen der drei KSZE-Körbe. Es genügt nicht, dass diese beiden Versammlungen nur durch Beobachter vertreten sind.

Wir machen Sie auch auf unseren schriftlichen Vorschlag aufmerksam, wonach die politischen Entscheidungen mit einer doppelten Mehrheit (der Stimmen und der Delegationen) getroffen werden könnten. Diese Formel erlaubt sowohl die echte parlamentarische Ueberzeugungs-Arbeit und Argumentation, wie auch die erforderliche Berücksichtigung der Vielfalt dieses Kontinents.

Dies sind die Erfahrungen eines viersprachigen multikulturellen Landes, bescheiden an Fläche, Bevölkerungszahl und Einfluss, angereichert aber in diesem Jahr 1991 mit der Erfahrung aus 700 Jahren des Zusammenlebens mit und in Europa. Die Schweiz dankt Ihnen für siebenhundert Jahre Anerkennung. Wir freuen uns auf das achte Jahrhundert Partnerschaft mit Ihnen.

14

Beilage - Annexe 3.1

*Council of Europe
Parliamentary Assembly*

The President

Madrid, 3 April 1991

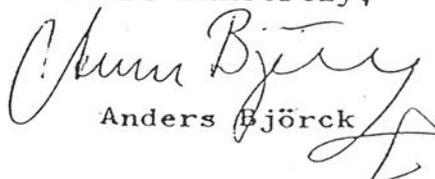
Excmo. Sr. D. Felix Pons Irazazabal
Presidente del Congreso de los Diputados
Cortes Generales.

Senor Presidente,

As President of the Parliamentary Assembly of the Council of Europe, I am pleased to offer the services of our secretariat to you and others who will be preparing for future meetings of the new Parliamentary Assembly of the Conference on Security and Cooperation in Europe.

The Parliamentary Assembly of the Council of Europe and the North Atlantic Assembly, with their broad membership and experience in interparliamentary affairs, have already done considerable work on CSCE issues. As they continue this work both organisations are prepared to assist the CSCE Parliamentary Assembly. We believe that the particular expertise and experience in the fields of security and human rights by the North Atlantic Assembly and the Parliamentary Assembly of the Council of Europe, respectively, would constitute a valuable contribution to the fulfillment of the important tasks of the CSCE Parliamentary Assembly.

Yours sincerely,


Anders Björck

Postal address: F 67006 Strasbourg Cedex
Tel.: (88) 61.49.61

Telegraphic address: Europa Strasbourg
Telex: Strasbourg 870943

NORTH ATLANTIC ASSEMBLY

Madrid, 3 April 1991

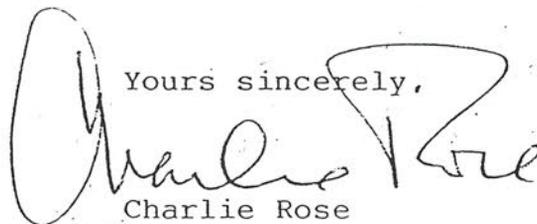
Excmo. Sr. D. Felix Pons Irazazabal
Presidente del Congreso de los Diputados
Cortes Generales

Señor Presidente:

As President of the North Atlantic Assembly, I am pleased to offer the services of the NAA secretariat to you and others who will be preparing for future meetings of the new Parliamentary Assembly of the Conference on Security and Cooperation in Europe.

The Parliamentary Assembly of the Council of Europe and the North Atlantic Assembly, with their broad membership and experience in interparliamentary affairs, have already done considerable work on CSCE issues. As they continue this work, both organizations are prepared to assist the CSCE Parliamentary Assembly. We believe that the particular expertise and experience in the fields of security and human rights by the North Atlantic Assembly and the Parliamentary Assembly of the Council of Europe, respectively, would constitute a valuable contribution to the fulfillment of the important tasks of the CSCE Parliamentary Assembly.

Yours sincerely,



Charlie Rose
President

UNION INTERPARLEMENTAIRE



INTER-PARLIAMENTARY UNION

PLACE DU PETIT-SACONNEX
CASE POSTALE 438
1211 GENÈVE 19 (SUISSE)

ADRESSE TÉLÉGRAPHIQUE
"INTERPARLEMENT - GENÈVE"

TÉLEX 289 784 IPU CH
TÉLÉFAX (022) 733 31 41
TÉLÉPHONE (022) 734 41 50

Madrid, 3 April, 1991

Excmo. Sr. D. Félix Pons Irazazábal
Presidente del Congreso de los Diputados
Cortes Generales

Dear Mr. President,

As the Conference of the Parliamentary Delegations of the CSCE countries comes to an end, we would like to reiterate the firm interest and commitment of the Inter-Parliamentary Union to the continuation and strengthening of the parliamentary action in the field of European security and cooperation.

Confirming the statement made on behalf of IPU during the general debate, we would like to reiterate that our Organization is very willing to share the experience it has accumulated for more than twenty years in the field of CSCE.

In particular the IPU Secretariat stands ready to assist, in whatever way would be felt desirable, in the planning process leading up to the first meeting of the proposed CSCE Assembly.

In addition, we would like to stress the IPU intention to insure that the work of the forthcoming VIIth. Inter-Parliamentary Conference on Security and Cooperation in Europe, to be held in Vienna in July 1991, takes stock and considers further ways in which mutual cooperation could be enhanced. In this process we would take full advantage of the complementary membership of many IPU members in other Organisations with a direct involvement in the CSCE process, such as the Parliamentary Assembly of the Council of Europe and the North Atlantic Assembly.

Yours sincerely,

Josef Höchtel
Head of IPU Delegation

Pierre Cornillon
Secretary General

ASSEMBLEE PARLEMENTAIRE DE LA CSCE - 17 -		Répartition du coût selon % Barème fixé dans document complé- ment. de la Charte de Paris	
Beilage	Répartition des sièges (245)	%	
Annexe 5	<u>17 sièges</u> (2 pays)		
	Etats-Unis d'Amérique	6,94	9,1
	Union des Républiques socialistes soviétiques	6,94	9,1
	<u>13 sièges</u> (4 pays)		
	Allemagne	5,31	9,1
	France	5,31	9,1
	Italie	5,31	9,1
	Royaume-Uni	5,31	9,1
	<u>10 sièges</u> (2 pays)		
	Canada	4,08	5,5
	Espagne	4,08	3,6
	<u>8 sièges</u> (5 pays)		
	Belgique	3,26	3,6
	Pays-Bas	3,26	3,6
	Pologne	3,26	3,6
	Suède	3,26	3,6
	Turquie	3,26	0,83
	<u>7 sièges</u> (2 pays)		
	Roumanie	2,86	0,83
	Yougoslavie	2,86	0,83
	<u>6 sièges</u> (10 pays)		
	Autriche	2,45	2,1
	Danemark	2,45	2,1
	Finlande	2,45	2,1
	Grèce	2,45	0,83
	Hongrie	2,45	2,1
	Irlande	2,45	0,62
	Norvège	2,45	2,1
	Portugal	2,45	0,62
	République fédérative tchèque et slovaque	2,45	2,1
	Suisse	2,45	2,1
	<u>5 sièges</u> (2 pays)		
	Bulgarie	2,04	0,62
	Luxembourg	2,04	0,62
	<u>3 sièges</u> (3 pays)		
	Chypre	1,22	0,2
	Islande	1,22	0,2
	Malte	1,22	0,2
	<u>2 sièges</u> (3 pays)		
	Monaco	0,82	0,2
	Liechtenstein	0,82	0,2
	Saint-Marin	0,82	0,2
	<u>Invité d'honneur</u> (2 représentants)		
	Saint-Siège	-	0,2

Pays représentés à

Union interparlementaire	32	par 243 membres =	99,2 %
Conseil de l'Europe *	25	172	70,2 %
Assemblée de l'Atlantique Nord	16	145	59,2 %
Parlement européen	12	107	43,7 %
Assemblée de l'Union de l'Europe occidentale	9	89	36,3 %
Conseil nordique	5	29	11,8 %
Assemblée parlementaire du BENELUX	3	21	8,6 %
Pays neutres et non-alignés	9	43	17,6 %
Amérique du Nord	2	27	11,0 %
Europe	31	218	89,0 %

* y compris les pays à statut spécial 30 216 88,2 %

Intervention de M. Franco Masoni, président de la Commission des affaires étrangères du Conseil des Etats, lors de la conférence parlementaire des pays participant à la CSCE
Madrid - 3 avril 1991

Le chemin qui permettra de construire la "maison commune européenne" sera long et semé d'embûches.

Dans la création du volet parlementaire de la CSCE, nous avons rencontré hier et aujourd'hui le premier grand obstacle: pouvait-on recourir au vote à la majorité ou devait-on en rester au consensus général?

Je me réjouis de ce que la Commission de rédaction ait pu trouver une solution satisfaisante aux différentes questions, notamment au problème majeur de vote majoritaire: pour ce travail subtil, je remercie cette commission et son président, M. Felix Pons.

Comme plusieurs collègues, l'ont observé hier et aujourd'hui, et l'aurait encore observé si comme les délégués du Royaume-Uni l'avaient proposé, une vraie discussion avait pu se dérouler préalablement: une véritable assemblée parlementaire n'aurait pas été fondée si, sur les points essentiels, on n'avait pas décidé de recourir au vote à la majorité et si l'on était demeuré au système du consensus. Nous en serions alors restés au stade d'une simple conférence. L'échec aurait été particulièrement grave, car la CSCE a parmi ses buts essentiels, l'affirmation en Europe de véritables régimes parlementaires, comportant des parlements librement élus: elle aurait donc donné un mauvais exemple. Un système, comme la commission de rédaction nous le propose, représente un premier pas historique, permettant d'engager un vrai dialogue interparlementaire. Il rendra possible des développements ultérieurs à l'avenir. On a justement évoqué ici les problèmes d'une participation comme observateurs des représentants des pays méditerranéens ou des Etats baltes. Je conviens, avec l'un des orateurs qui m'ont précédé, qu'on ne pourra résoudre ici le problème des Pays baltes: mais ce sera notre mission d'affirmer que la solution du problème des pays baltes ne pourra résider dans l'imposition de la force et dans la violence, mais dans des pourparlers et le dialogue.

Bien que les pouvoirs de ce nouveau Parlement en voie de constitution soient limités, nous sommes aujourd'hui très satisfaits du résultat, car nous mettons un grand espoir dans les développements futurs auxquels ce pas ouvre la voie en vue de l'affirmation des droits de l'homme et des libertés sans frontières.